



GEMEINDE GMUND A. TEGERNSEE

Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Datum: Montag, 28.09.2026
Beginn: 19:01 Uhr
Ende: 22:51 Uhr
Ort: Gmund a. Tegernsee, Kirchenweg 6, Rathaus, Sitzungssaal

Vorsitzender: Erster Bürgermeister Alfons Besel

Schritfführer: Sophia Hollerauer, Florian Ruml

stimmberechtigte Mitglieder

Berghammer, Josef	
Besel, Alfons	Erster Bürgermeister
Ettenreich, Bernd	
Ettstaller, Martina	
Filipski, Katharina	
Haslauer, Max	
Huber, Michael	
Kohler, Korbinian	
Kozemko, Herbert	Zweiter Bürgermeister
Mayer, Martin	
Patzelt, Thomas	
Rank, Johann	
Rzehak, Wolfgang	
Schmid, Johann	
Stecher, Josef	
von Miller, Barbara	
von Preysing, Franz	
Zehendmaier, Manuela	
Zierer, Christine	Dritte Bürgermeisterin

Gemeindeverwaltung

Dorn, Georg		
Hollerauer, Sophia	Schritfführerin	
Mayr, Hubert		(bis einschl. TOP 10)
Putzirer, Kerstin		(bis einschl. TOP 5)
Ruml, Florian	Schritfführer	

Entschuldigt fehlen

Floßmann, Florian
Hupfauer, Martin

Öffentliche Niederschrift

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Mitglieder und Beschlussfähigkeit gem. Art. 47 Abs. 2 GO

Der Vorsitzende stellte die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit gem. Art. 47 Abs. 2 GO fest.

TOP 2 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 23.06. und 27.07.2026 gem. Art. 54 Abs. 2 GO

Die Niederschriften der nichtöffentlichen Sitzungen vom 23.06. und 27.07.2026 wurden im Umlaufverfahren genehmigt.

Beschluss Die Niederschriften vom 23.06. und 27.07.2026 werden genehmigt.

Abstimmung 19 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen

TOP 3 Quartiersmanagement; Bericht der Quartiersmanagerin

Vorgeschichte:

Im Zuge der Entscheidung, das Grundstück in der Hirschbergstraße für seniorengerechtes Wohnen zu nutzen, erfolgte auch eine Beratung / Begleitung durch die "Koordinationsstelle Wohnen im Alter" mit verschiedenen Workshops.

Ergebnisse aus dem bisherigen Beteiligungsprozess war u.a. ein Quartierskonzept mit einem Quartiersmanagement, einem sogenannten „Kümmerer“. Bei der Entwicklung des Quartierskonzepts wird die gesamte Gemeinde Gmund in den Blick genommen und sowohl neu zu schaffenden Angebote als auch die bereits bestehenden Versorgungsstrukturen werden miteinander vernetzt. Der „Kümmerer“ ist in der Regel eine sozialpädagogische Fachkraft, die Anlauf- und Beratungsstelle für alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde ist. Persönliche Situationen und Bedarfe werden hier geklärt und ggf. an Fachberatungsstellen weitervermittelt. Daneben sollte der „Kümmerer“ auch eine begleitende Moderation der künftigen Bewohnerschaft des Seniorenwohnprojekts vornehmen und die Angebote der für alle Senioren und Senioren in der Gemeinde offenen Begegnungsstätte entwickeln und koordinieren.

In der Gemeinderatsitzung am 23.11.2021 wurde beschlossen:
Für die Betreuung aller Senioren in der Gemeinde und insbesondere innerhalb des geplanten Wohnprojekts soll ein „Kümmerer“ installiert werden. Dieser soll Anlauf- und Beratungsstelle für alle Seniorinnen und Senioren in der Gemeinde sein, aber auch Abläufe innerhalb des Seniorenwohnprojektes koordinieren. Umfang und Ausgestaltung dieses „Kümmerers“ sollen näher geprüft werden.

Dazu soll ein Quartierskonzept entwickelt werden (Gemeinde als „Quartier“). Die Planung für das Projekt [Anm.: Gemeint ist das Wohnprojekt in der Hirschbergstraße] soll daher auch ein Sozialbüro für einen „Kümmerer“ vorsehen.

Das Quartierskonzept wurde mit der Koordinierungsstelle „Wohnen im Alter“ erarbeitet.

Darin wurde auch eine Übersicht der angedachten Aufgaben des Quartiersmanagements aufgenommen. Diese Aufgaben sollen v.a. sein:

- Lenkung und Koordination der Quartiersentwicklung
- Schaffung von Netzwerkstrukturen mit Einrichtungen, Organisationen, Ehrenamtlichen
- Zusammenarbeit mit der Wohnberatungsstelle des Landkreises Miesbach
- Organisation von Veranstaltungen, z.B. zu den Themen Barrierefreiheit, Demenz
- Unterstützende Tätigkeit bei der weiteren Entwicklung des Wohnprojekts,
- Konkretisierung der Wünsche der Bürger
- Koordination der Angebote im für alle Senioren offenen Gemeinschaftsraum des Wohnprojekts
- Prüfung und Aufbau ergänzender Strukturen, z.B. eigene Nachbarschaftshilfe, Fahr- und Begleitsdienst, Mittagstisch
- Aufbau einer Beratungs- und Anlaufstelle für Ältere in der Gemeinde
- Durchführung von aufsuchender Beratung und präventiven Hausbesuchen.

Dieses Quartierskonzept ist auch Voraussetzung für eine Förderung der Stelle über die Förderrichtlinie Selbstbestimmt Leben im Alter – SeLA des Freistaats Bayern. Die Stelle wird über einen Zeitraum von vier Jahren mit insgesamt 80.000 € gefördert. Diese Summe wurde der Gemeinde mit Förderbescheid vom 03.05.2023 bewilligt.

Die Quartiersmanagerin, Dipl.-Sozialpädagogin (FH) Kerstin Putzirer ist hat ihre Arbeit in der Gemeinde am 03.07.2023 aufgenommen und sich, ihre Aufgaben und ihre Projektideen in der Gemeinderatssitzung am 18.07.2023 vorgestellt.

In der heutigen Gemeinderatssitzung berichtet die Quartiersmanagerin Kerstin Putzirer über ihre bisherige Arbeit.

Erster Bürgermeister Alfons Besel begrüßt Kerstin Putzirer. Anhand einer ausführlichen Präsentation berichtet Frau Putzirer über den demographischen Wandel, Zahlen der Gemeinde Gmund, Aufgaben der Quartiersmanagerin und ihre bisherigen Tätigkeiten.

Seitdem die Stelle der Quartiermanagerin entstanden ist, sind unter anderem folgende Aktivitäten und Veranstaltungen durchgeführt worden bzw. werden regelmäßig durchgeführt:

- eine Bürgerbefragung zur Bedarfsanalyse
- eine wöchentliche offene Sprechstunde
- Beratungen sowohl telefonisch, im Büro und Hausbesuche
- Vorträge und Informationsveranstaltungen in Kooperation mit der VHS

- Erste-Hilfe-Kurse und Letzt-Hilfe-Kurse
- Das Ratschbankerl-Projekt
- Einkaufsfahrdienst für nicht mehr mobile Seniorinnen und Senioren
- Angebote zur Unterstützung für pflegende Angehörige
- Zwei Exkursionen im Rahmen des Projekts „Wohnen im Alter“

Kerstin Putzирer berichtet, dass sie an vielen Fortbildungen teilgenommen habe, um ihre Fähigkeiten zur bestmöglichen Ausübung der Tätigkeit weiter auszubauen. So vielfältig wie das Arbeitsgebiet eines Quartiersmanagers ist, so vielfältig sind auch die Themen mit denen sich die Quartiersmanager konfrontiert sehen. Die Bereiche Pflege, Demenz, Situationen/Bedarfe der älteren Generation standen hier im Mittelpunkt.

Große Herausforderungen sind derzeit die Überlegungen und Pläne der Bundesregierung zu Einsparungen um die Pflegekosten zu reduzieren und die Situation um die Pflege im Allgemeinen. Ebenfalls eine große Herausforderung ist es neue Kooperationspartner zu finden, die sich langfristig und verbindlich darauf einlassen gemeinsame Angebote umzusetzen.

Zum Projekt „Wohnen im Alter“ berichtet Kerstin Putzирer, dass dieses in der Bevölkerung großes Interesse hervorgerufen hat. Regelmäßig melden sich Senioren bei ihr um sich über den Planungsstand zu informieren. Sie hofft sehr, dass ein Investor für das Projekt gefunden werden kann.

Konkrete Aufgaben im Quartiersmanagement sind derzeit der Ausbau und die Anpassung des Einkaufsfahrdienstes, eine Begegnungsstätte zu schaffen und die soziale Isolation der älteren Generation durch den digitalen Wandel, durch Förderung der digitalen Kompetenzen dieser Personengruppe und vor Ort praktische Hilfe zur Nutzung der Medien anzubieten.

Kerstin Putzирer berichtet zum Abschluss ihrer Präsentation, dass die Gemeinde bereits eine sehr gute Infrastruktur, ein reges Vereinsleben, tolle Freizeitmöglichkeiten und dadurch eine hohe Lebensqualität hat. Was zur Folge hat, dass unter den Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Zufriedenheit herrscht. Das Zusammenwirken von Bürgerschaft, der politisch Verantwortlichen und den Mitarbeitern der Verwaltung sind aus ihrer Sicht bemerkenswert. Für die Unterstützung ihrer Arbeit bedankt sich Kerstin Putzирer beim ersten Bürgermeister Alfons Besel, beim Gemeinderat, bei Florian Ruml und allen Kolleginnen und Kollegen.

Quartiersmanagement ist aus Sicht von Kerstin Putzирer mehr als nur ein Instrument der Versorgungssicherung, sondern eine Investition in die Zukunft von Gmund.

Josef Stecher bedankt sich bei Kerstin Putzирer für den umfangreichen Einblick und die gute Arbeit. Er erkundigt sich, wie die Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden im Ort ist.

Kerstin Putzирer berichtet, dass die Zusammenarbeit personenabhängig ist. Als Beispiel führt sie die Diakonie auf. Vormalig war die Zusammenarbeit mühselig, seit diese aber eine neue Führung hat läuft sie gut.

Martina Ettstaller erklärt, dass die Zusammenarbeit mit ihr als Seniorenbeauftragten und Kerstin Putzner sehr gut funktioniert. Seitdem die Stelle als Quartiersmanagerin geschaffen wurde, sei sie viel beruhigter was die Seniorenarbeit betrifft. Durch die Quartiersmanagerin haben Gmunder Seniorinnen und Senioren eine Ansprechpartnerin die in sehr vielen Bereichen Hilfe leisten kann, was sie als Seniorenbeauftragte nicht leisten kann. Sie appelliert an den Gemeinderat die Stelle beizubehalten.

Vorsitzender Alfons Besel bedankt sich bei Kerstin Putzner. Er berichtet vom hervorragenden Zusammenspiel der Arbeit von Kerstin Putzner, Heidi Huber und Martina Ettstaller.

TOP 4

Gemeindeentwicklung; Gemeinwohlgemeinde Gmund - Möglichkeiten, um die Bürgerbeteiligung zu festigen und zu institutionalisieren; Entscheidung über das weitere Vorgehen

Dieser TOP wurde bereits in der Gemeinderatssitzung vom 27.07.2026 behandelt.

Es wurde vorgeschlagen, das vorhandene ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement in Gmund künftig seitens der Gemeinde besser zu begleiten und zu unterstützen. Außer einem bürgerschaftlichen Verein könnte hier ein System mit einer Beteiligungssatzung eingeführt sein. Vorbild ist hier das langjährig bewährte „Weyarner Modell“.

Die Gemeinde kann hier insbesondere Ansprechpartner innerhalb der Gemeindeverwaltung zur Verfügung stellen, die als Koordinierungsstelle für das ehrenamtliche Engagement fungieren sollen. Zusätzliche Stellen werden nicht geschaffen.

Vorsitzender Alfons Besel begrüßt zu diesem TOP Frau Betty Mehrer (Seniorenbeauftragte, Quartiersmanagerin und seit 24 Jahren Gemeinderatsmitglied in Weyarn). Frau Mehrer berichtet anhand einer kurzen Präsentation über das „Weyarner Modell“ und die Zusammenarbeit der Arbeitskreise mit der Verwaltung und dem Gemeinderat.

Die Bürgerbeteiligung begründet sich bereits seit 1993, damals noch als Arbeitskreise im Rahmen der Dorfentwicklung. Seit dem Abschluss der Dorfentwicklung im Jahre 2014 hatten die Arbeitskreise keine Basis mehr. Daher wurde die Bürgerbeteiligung und deren Arbeitskreise im Rahmen des „Weyarner Modells“ fortgeführt.

Kernpunkte der Bürgerbeteiligung in Weyarn sind eine Bürgerbeteiligungssatzung, Arbeitskreise, ein Steuerungsgremium und das Mitmachamt als hauptamtliche Koordinationsstelle zwischen den Arbeitskreisen, der Verwaltung und des Gemeinderates.

Arbeitskreise können sich zu jedem relevanten Thema des Gemeinwohls bilden. Die Bürger wenden sich an die Koordinatorin, die bei der Gründung unterstützte. Die Anerkennung erfolge durch den Gemeinderat. So entsteht in Weyarn eine gelebte Bürgerbeteiligung. Erfolgsfaktoren des Modells sind

unter anderem das „Wollen“ der Politik, dass es einen Ansprechpartner und Koordinator in Form des Mitmachamts gibt und die Bereitschaft in die Bürgerbeteiligung, in Form von Budgets der Arbeitskreise, zu investieren. Frau Mehrer erklärt, dass die Bürgerbeteiligung ein echter Mehrwert sei: Dinge, die man sonst nicht kriegen würde, laufen über die Arbeitskreise. Über die zu führenden Protokolle werde nicht nur informiert, sondern auch sichergestellt, dass es keine Doppelungen / Überschneidungen gebe. Wichtig sei auch die Koordinationsstelle. Zusammenfassend stellt sie fest, dass man nach 30 Jahren noch immer mit dem System zufrieden sei.

Frau Mehrer berichtet von Ergebnissen die die Bürgergesellschaft nach dem „Weyarner Modell“ bringen kann. Diese sind unter anderem:

- Das Gefühl von „wir werden ernstgenommen“ (selbstverwaltete Budgets)
- es stärkt das Vertrauen in demokratische Institutionen, da die Arbeitskreise eng mit den politischen Entscheidungsträgern verknüpft sind
- es ist kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander direkter, entscheidungsbegleitender und repräsentativer Demokratie

Im Gemeinderat wird das Thema kontrovers diskutiert.

Durch die Zusammenarbeit und Unterstützung, entstehe hierdurch zwar ein großer Mehrwehrt, andererseits befürchten einige Gemeinderatsmitglieder steigende Kosten und einen Mehraufwand für die Verwaltung.

Der Gemeinderat ist sich einig, dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger von unschätzbarem Wert ist, wie man am Beispiel Pumptrack und dem Verein „Flow am See“ sehen kann.

Johann Schmid bestätigt, dass Ehrenamt auch Hauptamt brauche. Dies sei seine eigene Erfahrung aus verschiedenen Arbeitskreisen. Das Engagement der Bürger sei ein unschätzbarer Wert.

Mehrere Gemeinderatsmitglieder erkundigen sich, ob durch die Schaffung einer Koordinationsstelle eine weitere Stelle in der Gemeindeverwaltung geschaffen werden muss. Vorsitzender Alfons Besel verneint dies, er gibt bekannt, dass dies durch eine Umstrukturierung in der Verwaltung möglich sei. Weiteres Personal soll nicht eingestellt werden. Er schlägt aufgrund der Zurückhaltung im Vorgespräch vor, dass eine Satzung ausgearbeitet werden soll, welche eine Struktur vorgibt. Diese soll anschließend im Gemeinderat diskutiert werden.

Einige Gemeinderatsmitglieder geben zu bedenken, ob Arbeitskreise in dieser Form gewünscht sind und ob es nicht schon genügend Foren für ehrenamtliche Bürger gibt.

Korbinian Kohler sieht auch die Koordinationsstelle ohne Stellenaufstockung kritisch, da die Verwaltung eher reduziert werden sollte.

Alfons Besel erklärt, dass jeder in das Ehrenamt investierte Euro den dreifachen Wert zurückbringt.

Johann Schmid hält eine Koordinationsstelle nicht für „nice to have“, sondern für einen Mehrwert, der für die Gemeinde mehr bringe als er koste.

Barbara von Miller irritieren die Budgets der Arbeitskreise. Betty Mehrer berichtet von teils niedrigen Budgets von ca. 300 € im Jahr. Bei einer Summe von 5.000 € spricht die Gemeinde Weyarn von einem hohen Budget. Alle 14 Arbeitskreise hätten zusammen ein Budget von 25.000 €. Meist werden die Budgets aber gar nicht aufgebraucht, in Weyarn wird verantwortungsbewusst damit umgegangen. Man bekomme auch viel mehr zurück, als es koste, so Frau Mehrer. Man müsse nicht zwingend ein Budget vergeben, aber die Bereitschaft zum Engagement sei größer, wenn es auch eine monetäre Unterstützung gebe.

Michael Huber ist ebenfalls der Meinung, dass eine Umschichtung der Arbeitszeit ebenfalls Geld koste. Die Arbeit der Arbeitskreise sei toll, aber sie sollten sich nicht totlaufen. Daher sei ein Ansprechpartner wie eine Koordinationsstelle wichtig.

Josef Stecher möchte wissen, ab wann von einem Arbeitskreis zu sprechen ist und ob es eine Mindestanzahl von Mitgliedern in den jeweiligen Arbeitskreisen gibt. Betty Mehrer erklärt, dass es in Weyarn keine Mindestanzahl an Mitgliedern gibt, es sollten jedoch zumindest 3 Personen sein, allerdings sei eine zu hohe Anzahl an Mitgliedern, z.B. 25 Personen, auch nicht zielführend.

Des Weiteren wundert sich Josef Stecher darüber, dass es bei der Diskussion sofort um Stellen in der Verwaltung, Haushaltstellen und damit verbundene Kosten geht. Aus seiner Sicht sollte im Sinne der Gemeinwohlökonomie zuerst mit den Arbeitskreisen gesprochen werden, ob dieses Modell gewünscht ist. Eine Satzung sollte auch mit den Arbeitskreisen erarbeitet werden.

Christine Zierer ist der Meinung, dass auch ohne eine Satzung bereits viele Arbeitskreise funktionieren. Sie sieht derzeit keinen Bedarf.

Vorsitzender Alfons Besel verweist darauf, dass das bürgerschaftliche Engagement bereits eine hohe Wertschätzung erfährt und ehrenamtliche jederzeit offene Türen in der Verwaltung finden. Er schlägt vor, den TOP zurückzustellen um Gespräche mit den Arbeitskreissprechern zu führen um sich ein Meinungsbild der Ehrenamtlichen zu verschaffen.

Der TOP wird zurückgestellt (ohne Abstimmung).

TOP 5

Informationstechnik und Digitalisierung; Einführung einer Gemeinde-App, Vorstellung einer App

In der Gemeinderatssitzung am 02.12.2025 wurden der TOP „Informationstechnik und Digitalisierung; Sachstand und geplante Projekte“ behandelt. Dabei wurde auch darüber informiert, dass die Gemeinde Gmund plant, eine Gemeinde-App / Orts-App einzuführen. Die Verwaltung macht sich über den Umfang Gedanken (Push-Nachrichten, Nutzung auch durch Vereine, ...) und sondiert den Markt.

Bei der Recherche nach Orts-Apps wurde schnell deutlich, dass eine herkömmliche Orts-App, die hauptsächlich Inhalte, die auch auf der Website vorhanden sind, reproduziert, nicht zielführend für die Gemeinde ist.

Stattdessen kristallisierte sich die „Crossiety-App“ heraus, die als „Digitaler Dorfplatz“ nicht nur erweiterte Kommunikationsmöglichkeiten für die Verwaltung bietet, sondern einen digitalen Ort der Information, des Austausches und der Vernetzung schafft, der den Zusammenhalt und die funktionierende Gemeinschaft in Gmund noch einmal auf eine andere Ebene heben soll.

Die Nutzung erfolgt per Klarname, zur Anmeldung müssen Handy-Nummer, E-Mail-Adresse und die Gmunder Postleitzahl angegeben werden.

Der „Digitale Dorfplatz“ ermöglicht der Gemeinde zum einen, durch Informationen in Echtzeit, Push-Nachrichten und zusätzliche digitale Angebote, wie Mängelmelder, Fundsachen-Sammelstelle etc. den Service für ihre Bürger verbessern.

Zum anderen eröffnet der „Digitale Dorfplatz“ nicht nur der Verwaltung, sondern allen Vereinen, Projektgruppen und Engagierten einen digitalen Raum mit verschiedenen einfachen Tools für ihre Organisation, Außenkommunikation, Mitgliederwerbung oder Koordination von Ehrenamtlichen. Die gleichen Funktionen stehen auch Unternehmen, etwa zur Präsentation aktueller Angebote oder zur Bewerbung offener Stellen zur Verfügung. Nicht zuletzt hat jeder einzelne Bürger die Möglichkeit Nachbarschafts- oder Interessengruppen zu gründen und ebenfalls die vielfältigen Funktionen zu nutzen.

Mögliche Funktionen der App „Crossiety – Digitaler Dorfplatz“:

- Information der Bürger durch die Gemeinde in Echtzeit (Push-Nachrichten-Funktion für wirklich wichtige Themen)
- Mängelmelder
- Veranstaltungskalender (in den alle Vereine etc. auch eintragen können)
- Digitale „Fundsachen-Sammelstelle“
- Marktplatz (Teilen, Tauschen, Verkaufen von Gegenständen, Werkzeugen, Hilfeleistungen etc.)
- Umfragefunktion
- Funktion „Termin finden“
- Funktion zur automatischen Handhabung von Helfer- und Anmeldelisten
- Vereinfachte Koordination und Einteilung von Ehrenamtsdiensten, wie z.B. Einkaufsfahrten
- Organisation in öffentlichen oder geschlossenen Gruppen → Chatfunktion, Hochladen von Dateien wie PDFs oder Bildern möglich, Zuweisung von Aufgaben, Veröffentlichung von Ergebnissen
- Sammelstelle für Angebote, die engagierte Bürger an die Verwaltung herantragen (derzeit existiert keine Plattform/ Anlaufstelle → Angebote versanden teils)
- Nutzung der App auch am Desktop-PC möglich

Der „Digitale Dorfplatz“ nutzt die Vorteile der globalen Sozialen Medien (Vernetzung, Information und Austausch), ohne dass er deren Nachteile mit sich bringt. Datenschutzproblematik, Fake-Inhalte, Nicht-Unterscheidbarkeit zwischen KI-generierten und „echten“ Inhalten sowie durch Algorithmen vorgefilterte Beiträge haben zum Trend einer Social-Media-Müdigkeit und immer mehr auch -Abkehr geführt. Gewünscht werden zunehmend ungefilterte, echte und das eigene Leben betreffende Informationen aus dem tatsächlichen Umfeld.

Die Digitale Plattform unterstützt außerdem die GWÖ-Ziele der Gemeinde

- auf der Arbeitsebene der Arbeitskreise (datenschutzkonforme, einfach zu handhabende digitale Organisation möglich),
- hinsichtlich der Projektkommunikation durch das Aufzeigen der Arbeit und der Erfolge nach außen, um z. B. weitere Mitstreiter zu finden
- durch das Fördern von bürgerschaftlichem Engagement (indem ein digitaler „Ort“ bereitgestellt wird, an dem Gleichgesinnte sich finden und organisieren können).

In Zeiten, die geprägt sind von globalen Unsicherheiten und Unvorhersehbarkeit, ist es sinnvoll, sich umso mehr auf die Ortsgemeinschaft zu konzentrieren, eine funktionierende lokale Kommunikationsplattform aufzubauen und sich hier zu vernetzen. Als solche kann ein „Digitaler Dorfplatz Gmund“, basierend auf der Crossiety-App dienen.

Die Crossiety-App wurde von der Crossiety AG in der Schweiz entwickelt und wird in Deutschland von der Agentur GotoMEDIA vertrieben. Sie läuft über Server in der Schweiz und entspricht den Richtlinien, die die EU in Sachen Datenschutz erhebt (Angemessenheitsbeschluss der EU, hinsichtlich der DSGVO und dem Schweizer Datenschutzgesetz – DSG -).

Die Crossiety-App ist in der Schweiz, Deutschland und Liechtenstein im Einsatz bei mehr als 160 digitalen Dorfplätzen mit mehr als 15.000 Gruppen und 730.000 Einwohnern, siehe auch www.crossiety.de

Die jährlichen Kosten betragen 1 Euro pro gemeldetem Gemeindegänger (netto) – im Falle von Gmund demnach aktuell 5.741,00 Euro netto, bzw. 6.831,00 Euro brutto.

Enthalten sind das technische Aufsetzen des Dorfplatzes, technischer Support und Hosting, Beantwortung von Fragen der Bürger zur technischen Nutzung sowie Qualitätssicherung durch die fortlaufende Prüfung aller öffentlich gestellten Inhalte auf digitalen Missbrauch und Hassrede.

Auch eine Online-Schulung des Projekt-Teams sowie Vorlagen für Kommunikationsmaterialien für die Bewerbung der App sind enthalten.

Nicht zuletzt verfügt GotoMEDIA über einen breiten Erfahrungsschatz bewährter Maßnahmen zu einem gelungenen „Rollout“

(Hochfahren und Bewerbung) der App, den sie mit dem Projekt-Team teilt.

Eine vergleichbare Plattform, die die oben beschriebenen vielfältigen Funktionen mit sich bringt, existiert nach Aussage von GoTOMEDIA nicht, was sich im Rahmen der Recherche durch die Verwaltung bestätigte.

Die Crossiety-App wird in der Sitzung vorgestellt (online-Zuschaltung).

Ein großer Dank gilt in an dieser Stelle den Kolleginnen Steffi Steimer und Maria Glas, die sich im Vorfeld intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt haben.

Zum TOP wird Frau Swonke von der Crossiety AG online zugeschaltet. Frau Swonke gibt anhand eines bereits eingerichteten existierenden digitalen Dorfplatzes einen Einblick in Darstellung, Aufbau und Funktionen der App. Sie berichtet über den Mehrwert den ein digitaler Dorfplatz für alle Bürger, Vereine, Ehrenamtliche und die Gemeindeverwaltung mit sich bringt.

Der digitale Dorfplatz ist eine lokale und sichere Kommunikationsplattform für Gemeinden. Das Ziel von Crossiety ist es, das wertvolle Potential innerhalb der lokalen Gesellschaft besser zu nutzen, indem sich vermehrt ausgetauscht wird. Auf der interaktiven Plattform können sich die Bürger besser informieren, effizienter miteinander kommunizieren und sich einfacher engagieren.

Zugang zum Dorfplatz haben Einwohner, Gewerbetreibende, Behörden, Vereine, Gruppierungen und Institutionen. Durch die Vielfalt an möglichen Nutzern ermöglicht die Crossiety-App einen schnellen Austausch, was einen erheblichen Mehrwert für alle Bürger, Vereine, Ehrenamtliche, Gewerbebetriebe und die Gemeindeverwaltung mit sich bringt.

Frau Swonke geht nacheinander auf verschiedene Funktionen der App, wie bspw. den Veranstaltungskalender, den Mängelmelder, Beiträge, den Chat und die Nachbarschaftsliste, ein.

In den Veranstaltungskalender können alle Benutzer, die sich registriert haben, Events veröffentlichen. Die Möglichkeit sich direkt für die Veranstaltungen anzumelden besteht durch die App ebenfalls. Der Verfasser des Eventeintrags hat zudem die Möglichkeit, die Teilnehmerzahl zu begrenzen. In einer Liste sind für ihn die angemeldeten Personen sichtbar, welche bei Bedarf alle auf einmal kontaktiert werden können.

Der Mängelmelder ermöglicht es, laut Frau Swonke, Beschädigungen, Verschmutzungen, Gefahrenstellen etc., zu jeder Zeit schnell und unkompliziert der Gemeinde zu melden. Eine Beschreibung des Anliegens sowie die Angabe des Standorts tragen dazu bei, dass Mängel schnell behoben werden können. So bleibt die Gemeinde attraktiv und lebenswert.

Frau Swonke berichtet über die Möglichkeit der Chatfunktion, diese ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern einen direkten Kontakt zur Gemeinde zu schaffen. Über den Chat können datenschutzkonform unter anderem einfache Fragen geklärt und Termine vereinbart werden.

Durch die Nachbarschaftsliste können Hilfesuchende direkt mit den helfenden Personen aus dem nahen Umfeld in Kontakt treten und geschützt kommunizieren. Die Funktion „meine Nachbarn“ erstellt ein Register mit allen Crossiety-Nachbarn eines Ortes. So können diese, ohne die Veröffentlichung von E-Mailadressen und Telefonnummern, direkt kontaktiert werden.

Über entsprechende Gruppen können auch Schüler bzw. Ehemalige miteinander vernetzt bleiben.

Die Nutzung eines Bürgerbusses kann über die App geregelt werden u.v.a. mehr.

Der Anmeldeprozess kann auch so eingerichtet werden, dass Personen in einem Umkreis von 20 km teilnehmen können. Dies sei z.B. auch für Vereine interessant, wenn Mitglieder auswärts wohnen.

Im Anschluss an die Präsentation der Funktionen beantwortet Frau Swonke noch einige Fragen der Gemeinderatsmitglieder.

Michael Huber möchte wissen, wo die Grenze zur gewerblichen Werbung verläuft und ob hierfür nicht sogar Geld ab einem bestimmten Grad verlangt werden könnte. Antwort: Diese Grenze könne die Gemeinde selber ziehen.

Vorsitzender Alfons Besel fragt nach, wer missbräuchliche Beiträge steuert. Frau Swonke berichtet von der Funktion Beiträge als „unangebracht“ zu melden. Die Funktion kann grundsätzlich jeder Nutzer anwenden eine Reaktion erfolgt durch die Crossiety AG direkt. Auch ist es jederzeit möglich mit dem Community-Management in Kontakt zu treten.

Es kommt die Frage auf, wieso es zusätzlich zu WhatsApp und Instagram noch eine App für den digitalen Dorfplatz braucht, woraufhin Frau Swonke auf den Datenschutz eingeht. WhatsApp, Instagram und auch Facebook sind für die behördliche Kommunikation nicht datenschutzkonform. Wer diese Plattformen im behördlichen Kontext nutzt, bewegt sich datenschutzrechtlich in einer Grauzone.

Barbara von Miller möchte wissen, ob es bereits Erfahrungen im Umgang mit der Nutzung der digitalen Plattform und Senioren gibt. Für sie ist es ganz wichtig, dass auch für ältere Menschen, die keinen oder nur kaum Zugriff ins Internet haben, die Möglichkeit zur Teilhabe besteht. Frau Swonke berichtet von der Möglichkeit über eine URL auf die Plattform zuzugreifen. Aus ihrer Erfahrung heraus nutzen aber auch viele Kinder die Plattform für ihre Eltern.

Josef Stecher erkundigt sich nach dem Management-Team, ob dieses aus drei Instanzen besteht (Nutzer, kommunale Verwaltung und Crossiety AG). Frau Swonke erklärt, dass in der Kommune selbst keine Instanzen aufgebaut werden müssen. Anfangs braucht es lediglich ein kleines „Kümmerer Team“, um den Dorfplatz aufzubauen.

Alfons Besel ist begeistert, dass es sich bei dem digitalen Dorfplatz um keine „Einbahnstraßen“ Kommunikation handelt, sondern sich alle Nutzer austauschen können. Auf Nachfrage von Johann Rank zum gemeindlichen WhatsApp-Kanal geht auch der Vorsitzende nochmals auf den Datenschutz ein. WhatsApp, Facebook und Instagram können bereits viel, sind aber wie schon zuvor angesprochen nicht datenschutzkonform, weswegen die Behörde nicht in vollem Umfang damit arbeiten kann.

Zwar habe die Gemeinde einen WhatsApp Account, jedoch wird dieser mit einem eigens dafür angeschafften Mobiltelefon betrieben, auf dem wie auch auf den Tablets der Gemeinderatsmitglieder, nichts weiter heruntergeladen werden kann.

Josef Berghammer möchte wissen, ob nach Einführung des digitalen Dorfplatzes der Gemeindebote noch gebraucht wird.
Erster Bürgermeister Alfons Besel geht davon aus, dass der Gemeindebote nicht so schnell ersetzt bzw. ab geschaffen wird, da dieser ein sehr wichtiges Medium für die Gemeinde und Bürger ist. Dennoch ist es möglich, dass dieser eines Tages aufgrund der Digitalisierung nicht mehr gedruckt wird.

In der weiteren Diskussion kommt die Frage auf, wieso genau die Crossiety-App vorgestellt wurde. Man wünsche sich Alternativen, bevor man sich für oder gegen den digitalen Dorfplatz entscheidet.

Florian Ruml und Alfons Besel verweisen auf die Recherchen von Stefanie Steimer und Maria Glas. Bei diesen habe sich sehr schnell die Crossiety-App als beste Lösung herausgestellt. Crossiety sei vielfältiger als andere Apps.

Korbinian Kohler hingegen verweist auf die App der Tegernseer Tal Tourismus GmbH (TTT), er spricht sich dafür aus, bei Anschaffung eines digitalen Dorfplatzes das komplette Tal miteinzubeziehen.
Alfons Besel gibt zu bedenken, dass es schwierig wird bei diesem Projekt alle 5 Talgemeinden miteinzubinden. Zudem habe jede Gemeinde einen eigenen Charakter.

Für Franz von Preysing ist der Mehrwert durch den digitalen Dorfplatz nicht so greifbar. Er fragt sich, ob es zwingend notwendig ist, eine App anzuschaffen. Eine weitere App ist nur ein Zusatz zu den vielen Apps die man schon hat. Für ihn ist dies eine weitere zusätzliche Arbeit für einen Verwaltungsmitarbeiter.

Vorsitzender Alfons Besel sieht in der Anschaffung der App einen förderlichen nächsten Schritt, was einen digitalen Ort betrifft.

Josef Stecher sieht in der App einen Mehrwert und keine Konkurrenz zu anderen sozialen Medien. Er kann sich erinnern, dass eine solche App auch von früheren Bürgermeisterkandidaten gefordert wurde.
WhatsApp sei zu sehr auf Telefonnummern fixiert. Es werde in den Vereinen Diskussionen geben, ob man auf die neue Gemeinde-App wechseln solle. Die Crossiety-App sei aber ein Mehrwert für organisatorische Dinge.

Christine Zierer verweist darauf, dass von den jungen Menschen keiner mehr auf Facebook sei.

Johann Schmid, erklärt, dass die App, wenn sie Akzeptanz findet, eine Erleichterung sein kann. Er verweist auch darauf, dass mit der App Infos schnell kommuniziert werden können; der Gemeindebote brauche dafür sechs Wochen Vorlauf.

Johann Rank erkundigt sich, warum der Vertrag für die Crossiety-App eine Mindestlaufzeit von drei Jahren habe. Ginge dies kürzer?
Alfons Besel erklärt, dass es auch eine Zeit brauche, um Nutzerzahlen aufzubauen und sich als örtliches Medium zu etablieren.

Es kommt erneut die Frage nach vergleichbaren Apps auf, einige Gemeinderatsmitglieder wünschen sich einen Vergleich mit anderen Anbietern wie beispielsweise der „Heimat-App“
[Anmerkung: Gemeint ist die *Heimat-Info-App*].

Nach ausführlicher Diskussion wird vorgeschlagen den TOP zurückzustellen. Die Verwaltung wird damit beauftragt, dem Gemeinderat einen Vergleich mit anderen Apps vorzustellen.

Der TOP wird zurückgestellt (ohne Abstimmung).

TOP 6

Straßenverkehr; Tempo 30 in der Ortsdurchfahrt zwischen Bahnhof und Tegernser Str (Höhe Hausnummern 14 und 5)

Es wird vorgeschlagen, dass die Gemeinde Gmund eine streckenbezogene Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf der Ortsdurchfahrt der B 318 vom Bahnhof Gmund (Wiesseer Straße) über den Stachus bis zur B 307 (Tegernseer Straße) Höhe Haus-Nummern 14 und 5 beantragt.

Zuständige Verkehrs- und damit Genehmigungsbehörde für diese Straßenklassen (Bundesstraßen B 318 und B 307) ist das Landratsamt Miesbach.

Rechtliche Grundlagen:

§ 45 Abs. 1a der Straßenverkehrsordnung (StVO):
Danach können die zuständigen Straßenverkehrsbehörden die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken z.B. in Erholungsorten von besonderer Bedeutung beschränken (z.B. Geschwindigkeitsbeschränkung), wenn dadurch anders nicht vermeidbare Belästigungen durch den Fahrzeugverkehr verhütet werden können.

§ 45 Absatz 9 Satz 4 Nr. 4 und 6 StVO:
Ausweitung durch die StVO-Novelle:
Streckenbezogenes Tempo 30 (Zeichen 274) kann gemäß nun auch ohne den Nachweis einer „besonderen Gefahrenlage“ und damit erleichtert angeordnet werden, und zwar u.a. als Lückenschluss (bis zu 500 Metern) zwischen zwei vorhandenen Tempo-30-Strecken, an Fußgängerüberwegen (FGÜ - „Zebrastreifen“) und an hochfrequentierten Schulwegen. Gemäß VwV-StVO soll Tempo 30 an Spielplätzen, hochfrequentierten Schulwegen und Behinderteneinrichtungen unter bestimmten Bedingungen der Regelfall sein, auch im Zuge von klassifizierten Straßen (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) und anderen Hauptverkehrs- und Vorfahrtstraßen.

Für die Umsetzung in einem Erholungsort kommen in der Praxis zwei Varianten zum Einsatz, die sich rechtlich grundlegend unterscheiden:

Tempo-30-Zone (Zeichen 274.1)

- Gilt für ein gesamtes umschlossenes Gebiet (Schilder nur an Ein- und Ausgängen).
- Nicht erlaubt auf Vorfahrtstraßen sowie Bundes-, Landes- und Kreisstraßen
- Es gilt an Kreuzungen standardmäßig „Rechts vor Links“.

Tempo-30-Streckenverbot (Zeichen 274)

- Gilt nur für einen konkreten Straßenabschnitt
- kann auch auf wichtigen Durchgangs- und Hauptstraßen angeordnet werden.
- Die bestehende Vorfahrtsregelung bleibt in der Regel unverändert bestehen.

Für den Bereich innerorts in der Gemeinde Gmund würde sich die Höchstgeschwindigkeit 30 km/h mit einem Streckenverbot mit dem Verkehrszeichen 274 eignen.

Begründung:

Im innerörtlichen Abschnitt der B 318 und B 307 (Bahnhof/Stachus/Tegernseer Str.) verbinden sich zentrale Punkte wie der Bahnhof / (künftiger ZOB), P+R, Einzelhandel, Wohnbebauungen, Schulwege mit starkem Fuß- und Radverkehr. Diese Infrastruktur erfordert eine erhöhte Verkehrssicherheit.

Die Gemeinde Gmund a. Tegernsee ist Mitglied bei der AGFK Bayern (Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Bayern) und möchte bis 2030 den Modal-Split-Anteil am Radverkehr auf 12 % steigern (siehe Gemeinderatsbeschluss vom 31.01.2023).

Fast 14.500 Fahrzeuge (Daten des Staatlichen Bauamts Rosenheim) passieren im Schnitt täglich den Gmunder Berg und fahren weiter in Richtung Tegernsee oder biegen ab in Richtung Bad Wiessee. Damit ist das Verkehrsaufkommen an dieser Stelle fast 50 % höher als auf den übrigen bayerischen Bundesstraßen.

Als staatlich anerkannter Erholungsort (seit 1975) hat Gmund ein gesteigertes Interesse daran, den innerörtlichen Verkehrslärm durch eine Verstetigung des Verkehrsflusses (weniger starkes Beschleunigen und Abbremsen) zu senken.

Besonders in staatlich anerkannten Erholungsorten, Kurorten oder Luftkurorten gelten für die Anordnung von Tempo 30 deutlich geringere rechtliche Hürden als in normalen Gemeinden.

Der Bereich liegt im stark frequentierten innerörtlichen Zentrum des Erholungsortes Gmund.
Eine Reduzierung der Geschwindigkeit soll zur Erhöhung der

Fußgängersicherheit und Radverkehrssicherheit sowie zu einer Lärminderung beitragen.

Damit wäre der Schutz des Erholungswertes wie Schutz vor Lärm, Abgasen und die Sicherung der Lebensqualität im Vordergrund gestellt. Bei der Abwägung eines gerechtfertigten Tempolimits wird dem Interesse des Erhalts des Erholungswerts rechtlich ein besonderes hohes Gewicht beigemessen. Eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h im Mischverkehr ist die einzige schnelle umsetzbare und wirkungsvolle Lösung um allen Verkehrsteilnehmern eine strukturierte Verkehrsführung zu bieten.

Auch die Stadt Tegernsee und die Gemeinden Kreuth und Bad Wiessee werden streckenbezogene Höchstgeschwindigkeiten innerorts beim Landratsamt Miesbach beantragen.

Martin Mayer sieht den Sicherheitsaspekt, trotzdem gibt er zu bedenken, dass durch Tempo 30 weniger Verkehr aus Gmund rauskommt. Man könne auch derzeit schon nicht viel schneller als 30 km/h fahren. Er ist auch nicht der Meinung, dass dadurch der Verkehrslärm gesenkt wird.

Michael Huber erklärt, dass es Studien gibt, die bestätigen, dass der Verkehr bei Tempo 30 besser läuft. Er spricht sich bei dem vielen Mischverkehr, entlang des Bereichs, absolut für Tempo 30 aus. Aus seiner Sicht sollte das Tempolimit entlang der Wiesseer Str. bis Kaltenbrunn ausgeweitet werden. Der Zeitverlust durch die Geschwindigkeitsreduzierung sei minimal.

Wolfgang Rzehak erklärt am Beispiel von Finnland, dass es dort seit der Einführung von Tempo 30 in den Ortschaften keine Verkehrstoten mehr gibt. Auch er spricht sich für die Geschwindigkeitsreduzierung aus. und sieht dies als große Chance für die Gemeinde.

Max Haslauer spricht sich für die Tempo 30 entlang der Wiesseer Str. aus. Die Ortsdurchfahrt würde er eher auf 40 km/h beschränken.

Korbinian Kohler spricht sich gegen die Geschwindigkeitsbegrenzung aus, er sieht diese als Gängelung der Bürgerinnen und Bürger. Man müsse Menschen Freiheit geben und sie nicht immer mehr einschränken.

Barbara von Miller ist ebenfalls der Meinung, dass man zumindest im Tagesverkehrs bereits auch jetzt meistens nur 30 km/h fahren kann. Die Geschwindigkeitsbegrenzung sieht sie als Sicherheit vor allem für Kinder und Senioren. Sie wirft die Frage in den Raum, ob man die Begrenzung nur tagsüber einführen kann.

Michael Huber sieht die Begrenzung nicht als Gängelung der Bürger. Es gebe auch mehr Bürger als Autofahrer. Er berichtet, dass andere Kommunen bereits positive Erfahrungen gemacht haben.

Bernd Ettenreich ist der Meinung, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h nicht benötigt wird, da man dort derzeit weit davon entfernt ist überhaupt 30 km/h fahren zu können.

Christine Zierer stört sich weniger an der Geschwindigkeit. Ihr Problem ist die Ampelschaltung am Stachus. Dennoch spricht sie sich für Tempo 30 aus.

Auch Martin Mayer erkundigt sich, ob eine zeitliche Begrenzung der Geschwindigkeitsreduzierung, wie bspw. an der Realschule, möglich ist. Alfons Besel erklärt, dass die zeitliche Begrenzung dort nur möglich ist, da es sich um eine Schule handelt.

Johann Schmid erinnert, dass der Straßenraum über 60 bis 70 Jahre nur aus der Sicht des Autofahrers geplant wurde, weswegen heutzutage Radfahrer oft ein Hindernis im Straßenverkehr sind. Bürgersteige sind nun mal für Fußgänger da, dennoch brauchen Radfahrer die Möglichkeit, sich sicher im Straßenverkehr bewegen zu können.

Korbinian Kohler erkundigt sich, ob es ein wirkliches Unfallproblem gibt. Alfons Besel erklärt, dass es vor längerer Zeit einen tödlichen Unfall an der Stelle gegeben hat. In letzter Zeit habe sich ein so schwerer Unfall dort zwar nicht mehr ereignet, dennoch ist zu beobachten, dass er dort immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt.

Herbert Kozemko stört an der Diskussion, dass es doch eigentlich nicht wichtig ist, ob man dort 30, 40 oder 50 km/h fahren darf, wenn keine Kontrollen stattfinden. Er ist der Meinung, dass bei Umsetzung des Tempolimits auch unbedingt kontrolliert werden muss, z.B. durch stationäre Blitzer.

Alfons Besel berichtet, dass stationäre Blitzer mittlerweile zulässig sind und anderen Orts auch eingesetzt werden. Diese sind freilich mit hohen Ausgaben verbunden, refinanzieren sich aber selbst.

Nach ausführlicher Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss	Der Gemeinderat befürwortet die streckenbezogene Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h für den Bereich der Ortsdurchfahrt der B 318 (Wiesseer Straße) von der Alten Kaltenbrunner Straße über den Stachus bis zur B 307 (Tegernseer Straße), Höhe Haus-Nummern 14 und 5. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Anordnung zu beantragen.
------------------	---

Abstimmung	10	Ja-Stimmen
	9	Nein-Stimmen

TOP 7

**Carsharing;
Zweckvereinbarung über das Modell "eSeeShare";
Änderung der Finanzierung, Kostenbeteiligung der Gemeinden**

Das E-Carsharing-System im Tegernseer Tal „eSeeShare“ wird auch im Gmunder Gemeindegebiet angeboten.

Dafür hat die Gemeinde Gmund im Jahr 2023 mit der Stadt Tegernsee eine Zweckvereinbarung abgeschlossen (öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit; Gemeinderatsbeschluss vom 23.05.2023).

Mit dieser Zweckvereinbarung wurden die Aufgabe, die mit dem Carsharing verbundenen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, auf die Stadt Tegernsee übertragen. Die Stadt Tegernsee beauftragte wiederum eines ihrer stadt eigenen Unternehmen mit der Durchführung. Dies war die Tegernseer Energiegesellschaft mbH & Co KG (TEG).

Kosten sind für die Gemeinde Gmund nicht angefallen. Die Gemeinde Gmund hat aber die Standorte für die Fahrzeuge bzw. Ladestationen (sog. Ankerpunkte) für die E-Autos kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Standorte in Gmund waren:
Rathaus, Kirchenweg 6
Hotel Blyb, Tegernseer Str. 41

Die Gebühren für die Nutzer der Fahrzeuge sind bisher je nach Fahrzeug:

- 6,90 €, 8,90 € oder 10,90 € pro angefangene Stunde (20 km inklusive pro Stunde) bzw. 59,90 €, 79,90 € oder 109,90 € pro Tag (24 h, 200 km inklusive)
- sowie pro Zusatzkilometer 0,29 €.

Nutzerzahlen:

Auswertungen der Fahrten, Fahrkilometern und Nutzerzahlen liegen als Anlage bei.

Mit dem Fahrzeug MB-ES 5008 (Standort: Rathaus) wurden in den Jahren 2023 bis 2026 insgesamt 482 Buchungen von 74 verschiedenen Nutzer durchgeführt. Der häufigste Nutzer hat 24 % dieser Buchungen durchgeführt; die vier häufigsten Nutzer haben insgesamt 56 % aller Buchungen dieser Jahre vorgenommen. Es wurde insgesamt 58.390 km gefahren.

Mit dem Fahrzeug MB-ES 5004 (Standort Hotel Blyb) wurden seit 2023 insgesamt von 100 verschiedenen Nutzern 405 Buchungen durchgeführt und 57.514 km gefahren. Das Nutzerverhalten ist hier ähnlich.

Das bisherige E-Car-Sharing-Angebot soll umgestellt werden: eSeeShare geht von der TEG auf die Energie Südbayern über.
Die Gemeinden, die sich beteiligen wollen, schließen einen Vertrag mit der Energie Südbayern GmbH.
Wesentliche Änderung: Die Gemeinden sollen sich künftig an den Kosten des Systems in Form einer monatlichen Pauschale beteiligen.

Eckpunkte des Vertrags:

- Die ESB stellt der Gemeinde (=Kunde) einen Mittelklasse-PKW zur Verfügung.
- Die Gemeinde stellt den Standort für das Fahrzeug zur Verfügung (Rathaus als bisheriger Standort; vorhandene Ladesäule).
- Strom der Ladesäule: Zahlt die ESB
- Wartung und Instandhaltung des Fahrzeugs sowie Winterreifen: ESB
- Versicherung mit 1.000 € Selbstbeteiligung der Gemeinde: ESB
- Reinigung: ESB oder Gemeinde
- Kosten für die Gemeinde:
Bereitstellungspreis von monatlich 795,00 € netto
(= 946,05 € brutto, d.h. jährlich 11.352,60 € brutto).
Falls die Gemeinde die Reinigung des Fahrzeugs übernimmt, verringern sich die Kosten um 80,00 € netto, d.h. dann wäre der Betrag monatlich 715,00 € netto (= 850,85 €, d.h. jährlich 10.210,20 € brutto).
Eine Preisanpassungsklausel ist enthalten.
- Endkunden (d.h. auch Bürger, Gäste) buchen das Fahrzeug und zahlen dafür Gebühren an die ESB. Gebühren derzeit:
 - 8,90 €/Stunde (20 km inklusive pro Stunde) bzw.
 - 79,90 €/Tag (200 km inklusive).
- Wenn die Gemeinde selbst die Fahrzeuge für dienstliche Fahrten bucht, ist dies im monatlichen Bereitstellungspreis inbegriffen.
- Laufzeit des Vertrags: 3 Jahre, Verlängerung um jeweils ein Jahr
- Kündigungsfrist 6 Monate zum Ende der Vertragslaufzeit.

Der vollständige Vertrag liegt als Anlage bei.

Laut ESB wäre es für Herrn Zibert (Hotel Blyb) vorstellbar, sich künftig ein Fahrzeug (und damit die Finanzierung) mit der Gemeinde zu teilen.
Hier stellt sich die Frage nach einem geeigneten Standort, der sowohl für die Allgemeinheit als auch für die Kunden von Herrn Zibert vorteilhaft sind.

Johann Schmid erklärt, dass er grundsätzlich für Car-Sharing ist, unter diesen Bedingungen spricht er sich allerdings gegen eine Beteiligung aus.

Wolfgang Rzehak verlässt vor der Abstimmung den Sitzungssaal.

Beschluss 1 Die Gemeinde Gmund tritt dem Projekt „E-Carsharing“ der Energie Südbayern GmbH bei.

Abstimmung 0 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen (ohne Wolfgang Rzehak)

Beschluss 2 Die bestehende Zweckvereinbarung mit der Stadt Tegernsee über den Betrieb eines Car-Sharing-Systems ist zu kündigen.

Abstimmung 18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen (ohne Wolfgang Rzehak)

TOP 8 Informationen des Bürgermeisters

Dieser TOP entfällt.

Wolfgang Rzehak betritt den Sitzungssaal wieder.

Gmund a. Tegernsee 14.10.26

Alfons Besel
Vorsitzender

Sophia Hollerauer
Schriftführer

Florian Ruml